

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Blumstraße 4/8, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Grapenstraße Nr. 5 und Neue Poststraße 11, sowie durch alle Anstalten zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Frachtkosten + 0,50 Rml. monatlich 1,76 Rml. + 85 Pf. Frachtkosten + 2,10 Rml. Durch die Volkswacht-Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5144
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zll. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 75 Pf. Stellenangebote 10 Pf., auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleihen, Verpachtungen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blumstraße 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Röhler verteidigt sich.

Die Mitteilungen des Reichsfinanzministers im Hauptausschuß des Reichstags.

Berlin, 26. Oktober. (Eig. Bericht.)

Der Hauptausschuß des Reichstages trat am Mittwoch vormittag unter allgemeiner Spannung zusammen. Alle Ministerien waren vertreten, ebenso hatten die Länder ihre Bevollmächtigten zum Reichsrat entsandt. Das starke Interesse an dem Gang der Verhandlungen war durch die Diskussion über die Besoldungsreform, da inzwischen plahende Denkschrift des Reparationsagenten und die anschließende Diskussion hierüber hervorgerufen worden.

Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer von allen Teilnehmern aufmerksam verfolgten Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler. Sie brachte über das endgültige Schicksal der Besoldungsreform keine Klarheit. Die Regierung denkt zweifellos nicht daran, die Besoldungsvorlage zurückzuziehen. Aber die Möglichkeit ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß die Kritik, die das Ausmaß der Besoldungserhöhungen insbesondere bei den Unternehmerorganisationen gefunden hat, die Regierungsparteien im Einverständnis mit dem Kabinett zu weitgehenden Änderungen veranlassen wird. Die Finanzlage des Reiches erfordert eine derartige Maßnahme nicht. Sie ist nach den Ausführungen des Reichsfinanzministers Köhler im Gegensatz zu dessen düsteren Prophezeiungen bei seinem Amtsantritt für das Jahr 1927 als günstig, für das Jahr 1928 als befriedigend anzusehen.

Am der Hand eingehender Zahlennachweisungen führte der Reichsfinanzminister z. B. den Beweis, daß im Jahre 1927 mit Mehreträgen an Steuern in Höhe von 300 Millionen gerechnet werden könne, die zum größten Teil bei der Erwerbslosenfürsorge eingespart werden könnten. Insgesamt sei also eine Verbesserung der Staatlage gegenüber dem Vorschlag um eine halbe Milliarde zu verzeichnen. Von diesem Ertrag würde durch den Nachtragshaushalt, also für die Besoldungserhöhung, für kleinere Entschädigungen an Liquidationsgläubiger und Entschädigung für Hochwasserbeschäden etwa 250 Millionen gebraucht, sodas mit einem Reinerüberschuß von etwa 250 Millionen gerechnet werden könne. Mit Hilfe dieses Überschusses will Dr. Köhler den Etat für das Jahr 1928 balancieren, trotzdem er durch das Steigen der Reparationslasten um 400 Millionen stark angespannt ist.

Am allgemeinen wird man die Grundtendenz der Ausführungen von Dr. Köhler über die Finanzlage des Reiches billigen müssen. Trotzdem kann man nicht daran vorbeigehen, daß gewisse Unsicherheitsfaktoren nicht genügend berücksichtigt sind. Im Etat des Jahres 1927 sind außerordentliche Ausgaben mit rund 900 Millionen vorgesehen, für die die Deckung durch eine Anleihe beschafft werden sollte. Eine solche Anleihe aber ist bei der Zerrüttung des Geldmarktes nicht zu haben. Sofern diese Ausgaben gemacht werden — die für Marine-Neubauten könnte man mit Leichtigkeit unterbringen —, müssen also die Mittel auf anderem Wege beschafft werden. Eine zweite Gefahr liegt in der Unsicherheit der Wirtschaftsentwicklung. Das Urteil von Dr. Köhler beruht auf der Annahme, daß die Wirtschaftsentwicklung weiterhin auch 1928 recht günstig sein würde. Er rechnet mit Steuer-Einnahmen, die sogar um 300 Millionen höher sind als die tatsächlichen Steuereinnahmen des Jahres 1927. Außerdem aber sehen die Vorschläge keinerlei Deckung für die Lasten vor, die aus dem Liquidationsgeschädigten-Schlufgesetz entstehen. Nach allem, was man über die Finanzierung dieser Ausgaben weiß, ist sie nur noch möglich durch Steuermittel. Das alles führt zwangsläufig zu einer wesentlich vorsichtigeren Betrachtung, als sie von Dr. Köhler zur Verteidigung seines Vorgehens in der Beamtenbesoldung beliebt wurde.

Ein sehr großer Teil der Köhlerschen Rede war der indirekten Polemik gegen die Kritik des Reparationsagenten Parler Gilbert an der deutschen Finanzpolitik gewidmet. Mit vielem, insbesondere dem Hinweis auf die Zwangsläufigkeit der Ausgabensteigerung der letzten Jahre, der gewaltigen Höhe der Kriegslasten, kann man sich durchaus einverstanden erklären. Unverkennenswert ist auch Köhlers Folgerung daraus, die gegenwärtigen schweren Steuerlasten Deutschlands seien die Folge des verlorenen Krieges. Köhler hätte nur diesen, den Deutschen national sicherlich sehr unangenehmen Feststellungen noch hinzufügen müssen, daß auch die Kritik des Reparationsagenten zu einem sehr großen Teil aus dem Waffen-

arsenal der Unternehmer herrührt. Erst die dauernden Angriffe dieser Kreise, die mit den handgreiflichsten Ueberreibungen gearbeitet haben, haben jene kritische Stimmung erzeugt, die jetzt zwingt, den Reparationsagenten davon zu überzeugen, daß vieles an seiner Kritik nicht richtig ist.

Weber die Entstehungsgeschichte und den Inhalt des Briefes des Reparationsagenten gab Dr. Köhler in vertraulicher Sitzung Auskunft. Er sagte jedoch — wie wir erfahren — nicht mehr, als man bereits durch die Presseberichte der letzten Tage erfahren hatte.

Auf Verlangen der Sozialdemokratie werden in der Donnerstagstagung des Haushaltsausschusses Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die Wirtschaftslage sprechen, damit ein ausreichendes Fundament zur Beurteilung der Auswirkung der Besoldungsreform geschaffen wird.

Kr. Ganz abgesehen davon, daß uns diese Darstellung des Reichsfinanzministers schon deshalb nicht befriedigt, weil sie ganz offensichtlich die Finanzlage viel zu rosig färbt, muß sie auch deshalb als völlig unzureichend bezeichnet werden, weil sie die finanzielle Auswirkung der zur Beratung stehenden Gesetzes-

Ein Zug in einen Abgrund gestürzt.

Angeblieh 270 Tote.

Auf der Linie Serajevo—Mostar ist ein Zug in einen Abgrund von 50 Meter Tiefe abgestürzt, als er im Begriff war, über eine Brücke zu fahren, die aus bisher unbekanntem Gründen unter dieser Last zusammenbrach. Beinahe sämtliche Reisende wurden getötet. Die Zahl der Getöteten soll 270 überschreiten.

vorlagen in keiner Weise berücksichtigt. Die vorstehende Berliner Meldung stellt das schon für das Liquidationsgeschädigtengesetz fest, es ist aber auch für das Reichsschlufgesetz zu betonen. Dies Gesetz und seine finanziellen Folgen für Reich und Länder erwähnt der Reichsfinanzminister nur mit ein paar kurzen, völlig inhaltslosen Sätzen. Dabei charakterisiert es diesen Finanzminister und seine bodenlose Leichtfertigkeit, wie auch die gleiche gewissenloser Leichtfertigkeit der hinter ihm stehenden Parteien, darunter, neben den Deutschnationalen, von denen ja nichts anderes zu erwarten ist, auch des Zentrums, daß er behauptet, die finanzielle Auswirkung des Reichsschlufgesetzes lasse sich noch nicht übersehen, außerdem trete sie erst in drei Jahren ein. Das erstere ist einfach nicht richtig. Es mag sein, daß Herr Köhler diese Auswirkung noch nicht übersehen hat. Das liegt daran, daß sowohl er als auch sein Kollege Reußell in ihrer Leichtfertigkeit die ganze Frage noch gar nicht geprüft haben. Sie soll vielmehr erst jetzt, wie angekündigt wurde, geprüft werden. Die Leute und Amtstellen aber, die, in ernsterer Auffassung ihrer Pflichten, diese Frage bereits geprüft haben, insbesondere die preussische Regierung und andere Länderregierungen, können diese finanzielle Auswirkung sehr wohl übersehen. Sie haben über sie ja erst vor ein paar Tagen im Bildungsausschuß des Reichstags neue Mitteilungen gemacht. Wenn aber, wie der Reichsfinanzminister sagt, sich die finanziellen Auswirkungen des Reichsschlufgesetzes, wenn es nach dem vorliegenden Entwurf gestaltet wird, heute noch nicht übersehen lassen, ja wenn er über diese Frage überhaupt noch keine Untersuchung angestellt hat, woher nimmt dann Herr Köhler den Mut, doch eine Behauptung über die Höhe dieser zu erwartenden Mehrkosten aufzustellen, indem er feststellt, daß die Ausgaben derjenigen, die diese Frage bereits eingehend geprüft haben, falsch, nämlich viel zu hoch gegriffen seien? Das ist doch ein Verhalten, für dessen Charakterisierung parlamentarische Ausdrücke nicht ausreichen. Jedenfalls muß ein solches Verfahren

als nackte und unwürdige Demagogie zurückgewiesen werden. Es läuft auf eine grobe Täuschung der Öffentlichkeit hinaus. Aber das scheint ja überhaupt in dieser Frage in der Linie des Zentrums zu liegen. Das hiesige Zentrumsblättchen macht es ja genau so. Weil es in seiner Verlegenheit nichts Sachliches gegen unsere Kritik dieser gewissenlosen Politik zu sagen weiß, lügt es einfach seine Leserschaft an, indem es behauptet, es sei nicht richtig, jene aus dem Reichsschlufgesetzentwurf sich ergebenden Mehrkosten seien auf mehr als eine Milliarde geschätzt worden. Damit es diese Lüge aber auch gebrauchen kann, hat das Blättchen schon vorher seiner Leserschaft die betreffenden Ausführungen des demokratischen Abg. Dr. Fischer im Reichstag bei der ersten Lesung des Reichsschlufgesetzes unterschlagen. Die 600 Millionen Mehrkosten, von der die amtlichen Stellen jetzt sprechen, übrigens eine Summe, die immer noch riesig und für die Reichs- und Länderfinanzen völlig untragbar ist, stellen nur die Mindestschätzung dar.

Ganz unglauublich ist es auch, wenn der Reichsfinanzminister die lästigen Vorwürfe wegen der Mehrausgaben infolge des Reichsschlufgesetzes damit beiseite schieben zu können glaubt, daß er sagt, diese Kosten werden ja frühestens in drei Jahren entstehen. Diese Versicherung zeigt, daß der Reichsfinanzminister nicht eine Finanzpolitik im Interesse des Reiches macht, sondern in seinem egoistischen, persönlichen und Parteinteresse. Was kümmert ihn, den berufenen Wächter über die Finanzen des Reiches, deren Zustand in drei Jahren? Dann wird er selbst ja wohl nicht mehr dieses Nestor verwalten und wenn seine Nachfolge dann in Schwierigkeiten kommt, was stört das ihn? Vielleicht ist dann gar ein Sozialdemokrat Reichsfinanzminister. Der kann das dann ja ausbaden, wenn nur sein laufendes und das unmittelbare vorzubereitende Budget balanciert. Alles andere ist Nebensache. Was kümmert ihn die Interessen des Reiches, wenn nur im nächsten Jahre eine möglichst günstige Lage für die Wahlen da ist. So wird hier in übelster Weise mit den Interessen und dem Wohl des Reiches und der Länder vom Reichsfinanzminister und den hinter ihm stehenden Parteien Schindluder getrieben, nur um kleinlichster parteipolitischer Interessen des Zentrums willen. Das bleibt trotz aller Abfeignungsversuche bestehen.

Webrigens hat Köhler seiner eigenen kurzfristigen Finanzpolitik am Schlusse seiner Darlegungen selbst das Urteil gesprochen, indem er feststellte, daß bisher zwar noch keine Gefahr für das Defizit bestünde, daß der Etat aber keine weitere Belastung vertrage. Damit hat Herr Köhler selbst zugestanden, daß, wenn das Reich nicht in eine in ihren Folgen unabsehbare Schuldenwirtschaft gestürzt werden soll, das Reichsschlufgesetz so, wie der Entwurf jetzt ist, auf keinen Fall Gesetz werden darf. Die Reichsfinanzen würden dadurch hoffnungslos zerstört werden.

Gegen die Todesstrafe.

Glänzende Rede des Genossen Rosenfeld im Strafrechtsausschuß.

Der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform trat am Mittwoch in die Beratung des 5. Abschnittes des Strafgesetzbuches ein, der die Strafen behandelt. § 33 lautet: „Die Straftaten sind Todesstrafe, Freiheitsstrafen und Geldstrafen.“

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) hielt aus diesem Anlaß eine groß angelegte Rede, bei der er einleitend ankündigte, daß die Sozialdemokraten der Aufrechterhaltung der Todesstrafe den allerstärksten Widerstand entgegenzusetzen würden. Bei ihr zeige sich, ob die Strafrechtsreform im Mittelalter stehen bleiben oder der neuen Zeit Rechnung tragen wolle. Der Redner gab dann eine Uebersicht über die früheren Arten der Todesstrafe und wies darauf hin, daß in der Verfassung von 1848 die Todesstrafe abgeschafft wurde. Beibehalten wurde die Abschaffung allerdings nur in Anhalt, Sachsen, Bremen und Oldenburg. Zur Wiedereinführung führte lediglich der politische Umschwung zur Reaktion. In Preußen sei die Todesstrafe 1789 zum erstenmal abgeschafft worden, 1919 habe die preussische Nationalversammlung die Todesstrafe einstimmig aufgehoben. Gegenwärtig haben in Europa 22 Staaten die Todesstrafe abgeschafft, 24 Staaten nicht; in drei Staaten wird sie nicht vollzogen.

Die Todesstrafe darf nicht lediglich als strafrechtliche Frage betrachtet werden, sie ist eine Kulturfrage ersten Ranges. In der Nationalversammlung in Weimar ist die Mehrheit eigentlich für die Abschaffung gewesen, wenn sie auch

nicht beschlossen worden ist. Die Todesstrafe ist ein Fremb-... nicht ohne weiteres herauskommen dürften.

Dr. Rosenfeld ging dann auf die Bestimmungen des gegenwärtigen Entwurfs über die Todesstrafe und die Möglichkeit ihrer Verhängung ein. Diese Vorschriften seien gewiss ein Fortschritt, sie reichten aber nicht aus, um dem modernen Empfinden zu genügen.

Der Redner gab dann einen Überblick über die Behandlung der Todesstrafe in den Strafrechtbüchern und erwähnte, daß ein russischer Richter im 17. Jahrhundert in 40 Jahren 20000 Todesurteile gefällt hat. Im Jahre 1879 gab der Reichstag für den Norddeutschen Bund in zweiter Lesung mit 116 gegen 81 Stimmen die Todesstrafe beilegt; in dritter Lesung wurde dieser Beschluß mit 127 gegen 119 Stimmen umgestoßen, unter der Drohung Bismarcks, den Entwurf des Strafgesetzbuchs zurückziehen.

Die Todesstrafe könne, so erklärte der Redner weiter, in der heutigen Zeit weder unter dem Gesichtspunkt der Vergeltung, noch unter dem der Abschreckung aufrechterhalten werden. Sie sei ein Überbleibsel aus der Zeit des Mittelalters und mit dem allgemeinen Abbau des Strafsystems, dem die heutige Strafrechtswissenschaft erstrebt, unvereinbar. Die Anhänger der Todesstrafe beriefen sich angeblich auf die im Volke herrschende Rechtsüberzeugung, daß auf einen Mord die Hinrichtung folgen müsse. Das sei der Gedanke der Rache, dem der Gesetzgeber entgegenzutreten habe.

Immer noch keine Vereinigung der Phobusaffäre.

Berlin, 26. Oktober. (Eig. Bericht.) Auf ein Schreiben, das der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, am 20. Oktober 1927 an den Reichskanzler gerichtet hat, ist am 23. Oktober folgende Antwort eingegangen.

Von Herrn Staatsminister a. D. Saemisch wird die Unterjudung der Phobusangelegenheit mit größtmöglicher Beschleunigung durchgeführt. Herr Minister Saemisch war der Ansicht gewesen, daß er noch im Laufe der nächsten Woche mit einem vorläufigen Bericht würde vorlegen können, auf Grund dessen sich dann mit den Herren Führern der Reichstagsfraktionen hätte Stellung nehmen können.

Es wird in der Tat langsam Zeit, daß die Phobusaffäre endlich ihre Erledigung findet.

Die Schaumslägererei der SPD.

Sie lehnen jede positive Arbeit im Interesse des Proletariats ab.

Hamburg, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch fanden in Hamburg die vom Ortsausschuß des ADGB, vermittelten Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über die Durchführung von Arbeiterforderungen statt.

Schon auf eine der ersten dieser Fragen, ob die SPD. auf Anträge verzichten wolle, deren Durchführung dem Reich vorbehalten sei, antworteten die Kommunisten ablehnend, nachher die Beantwortung der Frage, ob sie bereit seien, für finanzielle Deckungen der aufgestellten Forderungen zu sorgen, gänzlich auszuweichen.

Darauf erklärten die SPD-Vertreter, daß sie bereit gewesen seien, mit der SPD. die Verantwortung zu übernehmen. Die Kommunisten hätten aber abgelehnt, nun müßten erst die Parteinstanzen sprechen.

Schließlich wurden die Beratungen nach vierstündigen Verhandlungen von dem Verhandlungsleiter Ehrentzeit mit der Feststellung als ergebnislos abgebrochen, daß die SPD. die Verhandlungssachen der Gewerkschaften mit Ja beantwortet haben, die Kommunisten aber jede politische Verantwortung abgelehnt hätten.

Neue Lügen der „Roten Fahne.“
Berlin, 27. Oktober. (Eigener Fundbericht.) Die von Moskau subventionierte Berliner „Rote Fahne“ verkündet heute auf ihrer ganzen ersten Seite einen „Offenen Berrat“ der Hamburger SPD.

Der Berrat hat in Wirklichkeit die SPD. begangen. Sie hat zwar von einer gemeinsamen Vertretung der Arbeiterinteressen geredet, aber nicht einen Augenblick daran gedacht, dafür auch praktische Beweise zu erbringen, eher bemühte sie sich ums Gegenteil.

Der falsche Prinz.

Leben und Abenteuer von Harry Domela. Im Gefängnis zu Köln vom ihm selbst geschrieben. Januar bis Juni 1927. Copyright 1927 by Rallis-Verlag H.-G., Berlin W. 50.

Der alte Arnheim hat uns überaus freundlich, an seinem Tisch Platz zu nehmen. Wir war er von vornherein einfach zu-... Ich habe die Karte, der Prüfer über mich geschrieben, weiß ich es. Jungfräulein, behalt die Karte, behalt die Karte...

Wie? „Er ist ja unser Regimentskommandeur!“ — „Wie? Regimentskommandeur?! Ein Graf Arnheim Regimentskommandeur? Das ist mir neu!“ — „Er ist mir ganz bekannt an.“ — „So heißt doch nicht Ihr Regimentskommandeur?“

des so erwandte ergeben, daß die Kommunisten selbst durch größten Schwindel aus der Sachgasse, in der sie sich befinden nicht ohne weiteres herauskommen dürften.

Der Kampf um das Reichsschulgesetz.

Die Debatte im Bildungsausschuß des Reichstages.

Berlin, 26. Oktober. (Eigener Bericht.) Im Bildungsausschuß des Reichstages am Mittwoch einen neuen Vorstoß, um den Reichsausschuß der Reichsregierung beim Schulgesetzentwurf zu veranlassen. Aber alles war vergebens.

Im weiteren Verlauf der Aussprache verlangte der Ausschuß (Soz.), daß die Unterlagen über die Verhältnisse im Schulwesen der einzelnen Länder herbeigeholt werden. Abg. Frau Baumeier (Dem.) wies mit Nachdruck darauf hin, daß nach dem Weimarer Kompromiß die Gemeinschaftsschule die Regelschule sei.

Abg. Crippien (Soz.): Maßgebend für die Auslegung der Bestimmungen der Verfassung ist die von dem damaligen Staatssekretär Heinrich Schulz im Auftrag der drei Regierungsparteien und der Reichsregierung abgegebenen Erklärung. Alle Auslegungskünste müssen an dieser Erklärung scheitern.

Am Schluß der Sitzung erklärte Minister v. Reubell u. a. die Länder seien zu den Vorarbeiten nicht herangezogen worden weil man bei früheren Gelegenheiten sämtliche Erfahrungen gemacht habe. (1) — Nächste Sitzung Donnerstag.

Antrag auf Ausschluß Trotzki aus der RPK.

Berlin, 27. Oktober. (Eigener Fundbericht.)

Das Riga wird gemeldet, daß die kommunistische Lokalorganisation in Moskau bei dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei Russlands den Antrag auf völligen Ausschluß Trotzki aus der RPK gestellt hat.

Spaltung der polnischen Bauernpartei.

Warschau, 26. Oktober. Die größte polnische Bauernpartei, Piast, deren Begründer und Führer der frühere Ministerpräsident Witos ist, hat sich gespalten. Einer ihrer namhaftesten Führer, der Byzemschall Bojko, ist an der Spitze von 20 anderen Piast-Abgeordneten aus der Partei ausgestiegen und veröffentlicht heute in Krakau ein Manifest an die Bauern, in welchem er sich für die Regierung Billibski und gegen die Politik Witos erklärt.

Während ich jetzt so allein davor, wurde mir alles so von Grund auf gleichgültig. Was Arnheim dem Grafen draußen lagern möchte, war mir ganz gleichgültig. Nach einigen Minuten kam der Graf lächelnd, wenn auch ziemlich verlegen, zurück.

Gin Tag gleich dem andern. Die Hochachtung und Ehrerbietung die mir immer wieder als Prinz entgegengebracht worden war, konnte den letzten Eindruck nicht verwischen, den die „Kommen des Semsof, das fällige Welen des Reau, die unklarheit des Heralt immer erneut heruorriefen. Soufen, zaufen, hinter Welfern herlaufen... war die Besse der mefthen. Geillose Geillose... Dazu kam noch die unwürdige Behandlung der unteren der Reiche, die vor meinen Augen jeden Tag in den Aufstellungen der Welfern heranzogen wurden.

Ein Tag gleich dem andern. Die Hochachtung und Ehrerbietung die mir immer wieder als Prinz entgegengebracht worden war, konnte den letzten Eindruck nicht verwischen, den die „Kommen des Semsof, das fällige Welen des Reau, die unklarheit des Heralt immer erneut heruorriefen. Soufen, zaufen, hinter Welfern herlaufen... war die Besse der mefthen. Geillose Geillose... Dazu kam noch die unwürdige Behandlung der unteren der Reiche, die vor meinen Augen jeden Tag in den Aufstellungen der Welfern heranzogen wurden.

Clownerie eines wütigen Zentrumsfeldwehels.

Herr von Papen löst wie nur je ein erwählter Demagog.

Berlin, 27. Oktober. (Eigener Bericht.) In der heutigen Ausgabe der „Germania“ veröffentlicht der Aufsichtsratsvorsitzende, Herr v. Papen, eine Erklärung, in der er nicht geistig belanntem Konflikt heruntermittelt und um den nicht geistig belanntem Konflikt heruntermittelt und um den nicht geistig belanntem Konflikt heruntermittelt...

Vertagung der Braunkohlenpreiserhöhung

Berlin, 27. Oktober. (Eigener Bericht.) Der Reichsaufsichtsrat hat gestern an den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau mit dem Vorschlag herangekehrt, die Braunkohlenpreise zu erhöhen...

Berlin will eine Auslandsanleihe.

Berlin, 26. Oktober. (Eig. Bericht.) Der Magistrat der Stadt Berlin hat beschlossen, eine Auslandsanleihe in Höhe von 120 Millionen Mark aufzunehmen...

Sirenenflänge Lloyd Georges.

Er redet für Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit.

London, 25. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der frühere englische Premierminister Lloyd George hat am Montag in London mit einer großen Rede einen Feldzug für Entlassung und Schiedsgerichtsbarkeit eröffnet...

Der „Daily Herald“, das Blatt der Arbeiterpartei, spricht die Auffassung der Mehrheit der Partei aus, dass er sich in einem Zeitartikel von Mittwoch früh gegen die Wahl Lloyd Georges als Kandidat für den Gedanten der Entlassung und Schiedsgerichtsbarkeit für die britischen Wähler wendet...

Die Radikalen vor der Entscheidung.

Der Kongress der Radikal-Sozialistischen Partei.

Paris, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Am Donnerstag wird in Paris der Kongress der Radikal-Sozialistischen Partei eröffnet. Angesichts der bevorstehenden Wahlen kommt ihm eine besondere Bedeutung zu...

In sozialistischen Kreisen ist man zwar zu diesem prinzipiellen Zusammengehen mit der Radikal-Sozialistischen Partei in den Wahlen bereit. Da aber die Radikal-Sozialisten im Laufe der letzten Legislaturperiode in zahlreichen Fällen die Kartellpolitik verweigerten...

Die Lage in Belgien.

Lagung des sozialistischen Generalrats.

Brüssel, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der sozialistische Generalrat beriet am Mittwoch über die politische Lage. Wie bekannt hielt ein großangelegtes Referat, das in dem Wortschatz des von ihm schon früher entwickelten Aktionsprogramms ausmündete...

Die Frage ist nun etwa folgendermaßen kennzeichnen: Die Frage der Wehrreform rückt unweidlich in den Mittelpunkt der Regierungspolitik. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß sich die drei Regierungsparteien über eine bestimmte Form werden einigen können...

Götterdämmerung der dänischen Rechtsregierung.

Zwei etwas moralische Niederlagen in einer Woche.

Kopenhagen, 24. Oktober. (Eigener Bericht.) Die dänische Regierung erlitt in der vorigen Woche im Reichstag zwei moralische Niederlagen. Die erste wurde über die pöbliche Verabschiedung eines staatlichen Bankinspektors durch den Handelsminister herbeigeführt...

Dieser moralischen Niederlage folgte eine zweite auf dem Fuße. Im Sommer hatte der dänische Reichstag ein Gesetz angenommen, das von allen Ministern verlangt, Aufschichtsratsitze in Privatgesellschaften während ihrer Ministerialtätigkeit abzugeben...

Nur die konservative Fraktion hält das Kabinett noch. Den Grund hierfür bilden acht Gesetzesentwürfe der Sozialdemokratie zur Behebung der Arbeitslosigkeit, Schaffung einer neuen außerordentlichen Unterstützung für die Arbeitslosen...

ein Zufall, doch einmal auch die letzte Stimme Mehrheit, die nach den Ereignissen dieser Woche der Regierung verblieben ist, in einer Abstimmung abspaltet.

Schwarzbart freigesprochen.

Paris, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Im Bettljura-Prozess haben die Geschworenen am Mittwochabend das Urteil gefällt. Sämtliche Schuldfragen wurden verneint. Der Angeklagte Schwarzbart wurde daraufhin freigesprochen.

Einigung der polnischen konservativen Parteigruppen.

Warschau, 26. Oktober. Die schon seit Monaten sich hinziehenden Einigungsverhandlungen zwischen den verschiedenen konservativen Gruppen Polens haben gestern zu einer vorläufigen Einigung geführt. Für Ende der Woche wird eine gemeinsame Deklaration der konservativen Gruppen erwartet.

Sejmöffnung am 3. November.

Die Budget-Session des polnischen Sejm wird laut Verfügung des Staatspräsidenten — wie uns aus Warschau gemeldet wird — am 3. November eröffnet.

Hausdurchsuchungen bei russischen Monarchisten in Reval.

Reval, 26. Oktober. In den letzten Tagen wurde bei russischen Emigranten eine Reihe von Hausdurchsuchungen vorgenommen. General Baron Prinz Maximilian, Baron Engelhardt und verschiedene andere Personen wurden vernommen. Ueber die Ergebnisse wird Schweigen bewahrt...

Frau Rollontai wieder Sowjetgeandte in Oslo.

Moskau, 26. Oktober. Frau Rollontai wurde zur Sowjetgeandten in Norwegen ernannt. Der bisherige Geandte in Oslo wurde zum Sowjetgeandten in Metzko ernannt.

Genossenschaftswesen.

Die Vielzweifen.

Bei einer Untersuchung der Berechtigung von Ansprüchen des Einzelhandels wegen seiner Vertretung im Konsumgenossenschaftsrat machte Dr. Karl Müller in Nr. 20 des Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes folgende plausible Rechnung auf: Auf jede Konsumvereinsvertretungsstelle entfällt nach den letztjährigen Umsatzzahlen ein Jahresumsatz von weit mehr als 100 000 Mark...

Wasserstand

Table with 2 columns: Location and Water Level. Includes entries for Rasthor, Rasthor (Unter-Pegel), Rasthor (Oben-Pegel), Rasthor (Mittelpunkt), Rasthor (Mittelpunkt), Rasthor (Mittelpunkt), Rasthor (Mittelpunkt).



Kinder-Tage

Die im Plümm und Plümm... sind sozusagen nicht ab...

Freitag, den 28. Oktober.

Wenn Sie... sind Sie... sind Sie...

Wenn Sie... sind Sie... sind Sie...

Rudolf Petersdorf... Sonntag, 28. Oktober...

Familien-Anzeigen

Am 24. Oktober verschied nach langer, schwerer, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser lieber, guter Vater, Schwieger- u. Großvater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der **Hausarbeiter**
Robert Böhm
 im Alter von 62 Jahren 8 Monaten.
 In tiefstem Schmerz
 Breslau, den 26. Oktober 1927
 Steinauer Straße 23
Luise Böhm, geb. Mann
 nebst Kindern und Angehörigen.
 Beerdigung: Freitag, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die herrlichen Kränzen bei dem Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern **innigsten Dank**.
 Breslau, den 27. Oktober 1927. 466 b
 Siebenhüfenerstr. 24
Marie Schüttler, geb. Baum
 und Kinder.

+ Ihr Bruch +

wird immer größer, wenn Sie ein schlechtes und lästiges Federbruchband oder Gummiband tragen. Durch solche Bänder verschlimmert sich das Leiden und kann zur Todesursache werden. (Es entsteht Bruchneigung, die operiert werden muß und den Tod zur Folge haben kann.) Deshalb liegt es in Ihrem Interesse, sich meine äußerst bequeme, unverwundliche Spezial-Bandage anfertigen zu lassen. Durch Tag und Nacht Tragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchleidende selbst geheilt.
 Werkmstr. A. B. schreibt u. a.: „mein schwerer Leistenbruch ist geheilt. Ich bin wieder in meinem 66ten Lebensjahre ein gesunder und glücklicher Mensch!“
 Landwirt Fr. St. schreibt u. a.: „Ich sehe mich genötigt, Ihnen nach 2 Jahren meinen innigen Dank auszusprechen, wurde ich ganz befreit von meinem Leiden.“
 Kostenlose „Ärztliche“ Beratung in Breslau, Sonnabend, den 29. Oktober, von 2-7 Uhr, Hotel Habsburg, Teichstraße 13; Oppeln, am 30. Oktober, von 10-1 Uhr, Hotel Deutsches Haus; Brieg, am 30. Oktober, von 3-6 Uhr, Goldener Adler, Langstraße 24.
K. Ruffing, Spezial-Bandagist, Köln,
Bonnerstraße 249. 4089

GEBLIRTS-VERLOBLINGS- HOCHZEITS- TODES- ANZEIGEN
 liefert schnell die
Volkswacht-Buchdruckerei
 Friedrichstraße, Fernruf Ring 2202 u. 0140 9775

Leinwandhaus
Gotthard Völkel
 aus Langenbielau :: Gegründet 1885
Spezialhaus für Leinen und Baumwollwaren
 Beste Qualitäten in federleichten Intelle Damen- u. Herrenwäsche Berufskleidung jeder Art in bester Ausführung
Friedrich-Wilhelm-Str. 51
und Albrechtstraße Nr. 56
 2. Haus vom Ring 11091

Zirka 400 fertige
Winter-Mäntel
 nur die neuesten Modelle verkaufe ich an Private zu ganz enorm billigen Preisen gegen bar und auf bequeme **Teilzahlung**
 Ein Beispiel meiner Billigkeit
Mäntel 14⁵⁰ 26⁵⁰ und höher
Rob. Hänel
 Albrechtstraße 24, 1. Etage (an der Hauptpost)



Arbeiter, Angestellte, Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, des Afabundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und der Genossenschaftstage nur versichern bei dem eigenen Unternehmen der

Volkspflege

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft.

Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle Breslau, Margaretenstr. 17, die Vertrauensleute der Volkspflege, alle Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“, die Verbandbüros oder der Vorstand der Volkspflege in Hamburg 5, Alster 58/59 und Rechnungsstelle Schweidnitz, Flurstraße, 1.



OHLEFEILE

EBWAREN

WOCHEN!

Beginn: Sonnabend, den 29. Oktober! Beachten Sie morgen unsere Preisangebote

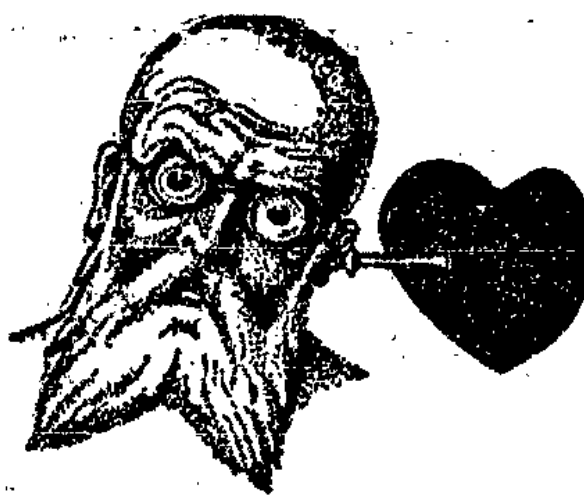
LINDEMANN & CO
DAS HAUS DER VERTRAUENSQUALITÄTEN
 BRESLAU • OHLAUERSTRASSE 71/73

Zum Zeichenunterricht in allen Schulen!
Reißbretter Schienen * Winkel
Maßstäbe * Tuschen
 Zeichenpapier in Bogen und Rollen
 Alle übrigen Zeichengerätschaften „allerbilligst“
Lessing & Pohl, Breslau I
 Fernspr. R. 1925. Taschenstraße 29/31.

In unserer Geschäftsstelle, Flurstraße 4, sind folgende
Offerten
 nicht abgeholt worden:
 Aus dem Jahre 1926:
 St. 295, 301, 322, 360, 378
 381, 392, 396
 Aus dem Jahre 1927:
 A. 15, 17, 34
 Dieselben werden noch einer weiteren Abholung von 4 Wochen vernichtet.

Die Volksschule als Einheitschule
 Von Dr. Max Apel.
 Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Volksbibliotheken entnommen.

Reste
 in Serge, Ritze, Reinswand, Kermelwolle u. Rohwolle sehr billig. Watteline Nr. 2 Nr. 1, Garn 1000 Nr. 25-80 Pf., Nafu-Schnur, Jentel 100 Paar 2-8 Nr. Knöpfe Duhend 3-10 Pf., Krenseile Kiesel 18 Pf., 1 Dole Erdal 15-30 Pf., alles prima Ware Detail und Engros
Bertold Lippert
 Seinschstraße 18
 Filiale Oberstraße 17.
Berücksichtigt unsere Inseraten!



Die Streitfrage

ob Koffein schädlich ist oder nicht, wird am einfachsten durch Quieta gelöst! Quieta ist so ausgiebig, daß sein Koffeingehalt niemals schadet, sondern wohligh anregt!
 Ein Versuch wird Sie überzeugen!

Quieta als Kaffee!

Quieta Gold mit 40% Bohnenkaffee 1/2 M 1.20
 Quieta Gelb mit 25% Bohnenkaffee 1/2 M .90
 Quieta Rot mit 10% Bohnenkaffee 1/2 M .60
 Quieta Grün ohne Bohnenkaffee 1/2 M .30

Direkt ab Fabrik



Für die Modedamen der Mode-mantel

Herbst- u. Winter-Mäntel zu billigen Fabrikpreisen

Wohl & Alexander
 AM RATHHAUS 25
 100100

Vorzeiger Extra-Rabatt!

Jeder **Arbeiter, jeder Maurer**
oder Zimmermann

kauft seine Arbeitskleidung gut und billig bei

Adolf Mallnowitzer, Klosterstr. 23

8 billige Hosen-Tage 8

Arbeits-Hosen, gestreift Pilot 13.50, 12.50, 9.25, 7.25, 4.75
 Mauserhosen mit u. ohne Schnitt 10.75, 8.50, 7.50, 5.00, 4.00
 Manchester-Hosen . . . 15.00, 13.50, 10.50, 8.25, 6.90
 Manchester-Schnitt-Hosen . . . 16.50, 15.00, 12.50, 11.50
 Manchester-Hosen mit Latz und Schnitt . . . 17.50, 13.50
 Schwarze Dreidraht- u. Leder-Hosen
 16.50, 14.00, 12.50, 9.50, 7.25
 Schwarze Dreidraht- u. Leder-Hosen mit Schnitt
 18.50, 11.50, 7.50, 6.75
 Schwarze Dreidraht- u. Leder-Hosen mit Latz
 17.50, 14.50, 12.50, 8.50
 Echt blaue Reutlinger Monteur-Anzüge (11089)
 11.50, 10.50, 9.00, 7.50, 6.50
 Original Hamburger Hosen und Blusen, Mauser- und Mauser-Hosen in allen Qualitäten.
Maurer-Blusen * Maurer-Werkzeuge
 Niederlage der Firmen: H. Mosberg, Eulefeld, Gustav Lamparter, Reutlinger

Erreicht in Qualität, äußerst ergiebig, von köstlicher Frische und mäßig im Preis - dies sind die besonderen Kennzeichen der Feinkostmargarine:



1/2 Pfund 50 Pfennig.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 27. Oktober.

Arbeiterbildungs-Ausschuß.

Zum Freitag, den 11. November, abends 8 Uhr, beginnt in der Viktoriaschule, Wückerstraße 9/13, ein Kursus über: „Moderne Probleme der Physik“ mit Lichtbildern und Experimenten.

Zu besonderen werden behandelt: Atome und Moleküle in der Chemie. — Das Elektrizitätsproblem. — Die chemischen Elemente. — Radium und Radioaktivität. Die Quantentheorie des Wasserstoffatoms. — Atome und Röntgenstrahlen. Der Bau der Atome und ihre chemischen Eigenschaften.

Vom Breslauer Wohnungsmarkt.

Das Wohnungs-Kommissariat berichtet über seine Tätigkeit: Die lange Dauer der Wohnungszwangswirtschaft macht es verständlich, daß in der Öffentlichkeit immer wieder von neuem die Frage aufgeworfen wird, ob nicht die Wohnungsbehörden aufgelöst werden könnten, weil ihre Tätigkeit überflüssig und angriffbar sei.

Umgestaltung des Breslauer Straßenbahnverkehrs. Ausbau des Einbahnstraßensystems. — Neue Linienordnung. Kreisinseln auf Plätzen. — Lichtsignale an verkehrsreichen Kreuzungspunkten.

Jede größere Stadt hat heute, in der Zeit des ständig wachsenden Verkehrs, ihre Sorge um die geeignete Lösung zur Bewältigung der Verkehrsnot. Insbesondere aber ist es für Breslau mit seiner Bevölkerungsdichte und ungünstigen Anlage der Innenstadt schwierig, den gesteigerten Verkehrsbedürfnissen durch Einführung moderner Verkehrsmethoden Rechnung zu tragen.

Die Hauptorgane sind, zunächst die Verstopfung der Straßen zu beseitigen, die namentlich durch den zunehmenden Kraftwagenverkehr einen katastrophalen Umfang genommen hat. Da die einfachste Lösung, die Verbreiterung der Straßen, in größerem Maße nicht möglich ist, wird man gezwungen, das Einbahnstraßensystem bedeuten zu erweitern.

Die Einbahnstraße ist eine unumgängliche Hilfsmaßnahme, das Projekt der Verbreiterung der Straßen, namentlich der Schubrücke, ist darum nicht ausgegeben worden, wenigstens es für die nächsten Jahre aus finanziellen Gründen nicht realisierbar ist.

nach links zu stellen, und auch in engeren Straßen gute Ueberholungsmöglichkeiten bietet.

Mit dieser Umgestaltung zur Einbahnstraße wird auch allgemein im Fahrpläne der Straßenbahn eine größere Linienumlegung notwendig sein. Vor allem ist an eine Neuregelung des Scheitiger Verkehrs gedacht. Diese Neuordnungen stoßen ja bekanntlich auf die größten Schwierigkeiten, da gerade hierbei die Interessen der anliegenden Bevölkerung lebhaftsten Ausdruck verzeichnen und sich mit den allgemeinen Verkehrsinteressen oft überschneiden.

Die Befahrung der Plätze wird durch den Einbahnverkehr ebenfalls gewisse Veränderungen zeigen. Es ist hierbei an die Schaffung von Kreisinseln gedacht, wie sie in ähnlicher Weise schon der Reichspräsidentenplatz zeigt.

Um einen sich möglichst reibungslos abwickelnden Verkehr zu schaffen, wird auch in Breslau, ähnlich wie in New York und in Berlin, das Lichtsignal an verkehrsreichsten Kreuzungspunkten unserer Stadt angebracht werden. Diese Signale, die in grüner, roter und gelber Farbe aufleuchten, werden dann automatisch vom Polizeipräsidenten aus geleitet, und regeln die Weiterfahrt der Fahrzeuge an den Kreuzungspunkten.

Alle diese Arbeiten sollen schon im Frühjahr kommenden Jahres in Angriff genommen und raschestens gefördert werden, rechnet man doch mit einer Verdoppelung des Kraftwagenverkehrs innerhalb der nächsten drei Jahre.

schäftigt, die Holzverschalung des Brüdengewölbes herzustellen, die dazu bestimmt sind, die Betonmassen und die darin zu betten den armbilden Rundstangen aufzunehmen, wie ja auch die ganze Brücke im Eisenbetonbau ausgeführt wird.

Die neue Brücke wird eine Spannweite von etwa 27 Meter besitzen. Für die Fahrbahn ist eine Breite von 13 Meter in Aussicht genommen, während die Fußgängersteige eine solche von 3,50 Meter erhalten. In ihrem Äußeren wird sich die neue Brücke, der dahinterliegenden Hindenburgbrücke anpassen.

Durch diesen Brückenbau wird der sich im Kanal abwickelnde Schiffsverkehr nicht behindert, wenn auch die Durchfahrt der Dampfer und Rähne unter Beachtung größtmöglicher Vorsicht zu gelassen habe.

Gegen die kapitalistischen Ferngaspläne. Der kommunalpolitische Beirat unserer Partei hat in seiner letzten Sitzung am 20. September in Magdeburg zu den Fragen der Fernerzeugung Stellung genommen und nachfolgende Entscheidung gefaßt:

Der kommunalpolitische Beirat der SPD. nimmt Kenntnis von den Bestrebungen der Schwerindustrie, das gesamte Reichsgebiet mit Kohlergas zu versorgen und dadurch die kommunalen Gasanstalten stillzulegen.

Die Aufgabe der Eigenerzeugung der Städte würde dem Privatkapital eine für das allgemeine Wohl unerträgliche Monopolstellung eingeräumt werden, nicht nur in der Gasproduktion, sondern auch für alle Nebenprodukte. Die Gaserzeugung in den Händen weniger Privatkapitalisten bedeutet einen Wirtschaftsstaat im Staate.

londers zu begrüßen, weil dieses Vorgehen allein schon eine wesentliche Stärkung der öffentlichen Hand zur Folge gehabt hat. Die interkommunalen Gasunternehmungen müssen unter allen Umständen von der öffentlichen Hand eventuell in Form von Gesellschaften mit anteiliger Kapitalbeteiligung der in Frage kommenden Gemeinden oder Verbände betrieben werden.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter haben strengstens darüber zu wachen, daß nicht durch Einzelmaßnahmen ihrer Gemeinden mit den privaten oder halbprivaten Unternehmungen den Monopolbestrebungen der Schwerindustrie Vorhub geleistet wird, oder eine zweckmäßige Regelung der interkommunalen Wasserversorgung über große Gebiete erschwert oder gar verhindert wird.

Die mit der öffentlichen Bewirtschaftung in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen haben ergeben, daß die öffentlichen Betriebe in technischer, kaufmännischer und sozialer Beziehung den privatkapitalistischen Betrieben nicht nur vollkommen gleichwertig, sondern in der Regel weit überlegen sind.

Die sozialdemokratischen Parlamentsvertreter werden erstlich die Entwicklung der Gasgebung auf diesem Gebiet auch des aufmerksamsten zu verfolgen und Änderungen, z. B. des Wegerechtes usw., zugunsten der Kohleverwertungs- u. G. zu verhindern.

Eltern und Parteigenossen von Gräbichen und Kleinburg!

Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, findet in der Dorfschule, Dorfstraße 57/59, eine gemeinsame Elternversammlung der Arbeiter-Kinderfreunde, Gruppe 5 und Arbeiterjugend, Heim 4, statt.

Gewerkschaftshaus-Diappitische.

In dem heutigen großen Programm kommt auch die Komit auf die Leitwand. Die Priesterkomite, die Priesterwahl, wie sie in Norwegen vorgenommen wird, interessiert uns als Sozialisten herzlich wenig.

Der Brückenbau an der Matthiasstraße.

Dem Zuge der Zeit folgend, steigt der Verkehr und so tritt auch an die Großstadt die Notwendigkeit heran, Verkehrswege dem zeitlichen Bedürfnis anzupassen. Die spezielle Notwendigkeit ergab sich auch für die Kopfbrücke, die im Zuge der Matthiasstraße — Hundsfelder Chaussee, der Hindenburgbrücke vorgelagert ist.

Der richtige Weg zur Erlangung blendend weißer Zähne

Drücken Sie einen Strang Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gezahntem Borstenschmitt), bürsten Sie Ihr Gebiß nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie erst jetzt die Bürste in Wasser oder besser in Chlorodont-Mundspülwasser und spülen Sie damit unter Gurgeln gründlich nach.

Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pfg., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1,25 Mark, für Kinder 70 Pfg. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1,25 Mark. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz zurück!

Aus aller Welt.

Die Schiffskatastrophe an der brasilianischen Küste. 156 Fahrgäste vermisst. — 1120 gerettet.

Der Untergang des italienischen Schnelldampfers „Masfalda“ an der brasilianischen Küste auf der Höhe von Bahia ist, soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen, darauf zurückzuführen, daß das Schiff auf ein unterseeisches Felsriff aufgefahren ist. Dadurch erlitt der Schiffskörper nicht nur ein großes Loch, sondern es entstand auch gleich darauf eine gewaltige Kesselerlosion, so daß das Schiff innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit sank, noch ehe ausreichende Hilfe zur Stelle war. Das Unglück selbst ereignete sich am Dienstagabend um 7 Uhr südamerikanischer Zeit (nach Mitternacht deutscher Zeit). Das Schiff befand sich etwa 130 Seemeilen südwestlich von Bahia. Der Dampfer hatte am 10. Oktober Genua, am 12. Oktober Barcelona verlassen, hatte bereits Bahia angefahren und befand sich auf der Weiterfahrt nach Rio de Janeiro und Buenos Aires. Die Zahl der Passagiere, die sich zur Zeit des Unglücks noch an Bord befanden, steht nicht einwandfrei fest. Die Angaben schwanken zwischen 1300 und 1800 Personen. Von dem französischen Dampfer „Formosa“ sind 720 Schiffbrüchige gerettet worden. Der Dampfer ist bereits nach Rio de Janeiro unterwegs. Die Zahl der Opfer, die die Katastrophe gefordert hat, steht noch nicht fest. Die Zahl der Geretteten ist aber — wie uns aus London ge-

meldet wird — bedeutend höher als anfangs angenommen wurde und wird mit vorläufig 1100 angegeben. Danach beträgt die Anzahl der Vermissten nur noch 156. Dem zu Hilfe eilenden deutschen Dampfer „Athena“ soll es geglikt sein, vierhundert Personen zu übernehmen. Die Opfer sollen sich besonders aus den Zwischendeckpassagieren rekrutieren, bei denen es sich fast ausschließlich um Auswanderer nach Südamerika handelt.

Die „Masfalda“ war 1906 in Italien vom Stapel gelassen und 1908 in Dienst gestellt worden. Der Dampfer, der mit seinen 12000 Tonnen 150 Meter lang und 17 Meter breit war, hatte eine Fahrgeschwindigkeit von 18 Meilen und verfaß den Dienst zwischen Genua und Südamerika. Sein Kapitän war Simon Gali.

Ein deutscher Passagier gerettet.

Am Bord des gesunkenen italienischen Dampfers „Principessa Masfalda“ befand sich, wie sich nachträglich herausstellte, doch ein deutscher Passagier. Es handelt sich um den Direktionschef bei Hagenbeck, Karl Arthur Vollrath, der von einem der hilfeeilenden Dampfer gerettet wurde. Vollrath hatte das Schiff in Genua mit dem Ziel Buenos Aires bestiegen.

Vielfacher Mord in Polen.

In dem Dorfe Justinow bei Lodz ist eine deutsche Kolonistenfamilie einer furchtbaren Bluttat zum Opfer gefallen. Die Familie des deutschen Landwirts Friedrich Klemm wurde von einem Nachbar ermordet aufgefunden. Außer dem Ehemann waren auch die Frau und die beiden Töchter im Alter von 27 und 13 Jahren getötet worden. Die Polizei hat festgestellt, daß es sich um einen Raubmord handelt. Am nächsten Sonntag sollte die Hochzeit der ältesten Tochter stattfinden. Im Dorf ging das Gerücht um, daß das Mädchen von dem Vater eine Mitgift von etwa 5000 Mark erhalten. Die Raubmörder hatten es auf diese Summe abgesehen. Gegen 2 Uhr nachts drangen sie in das Gehöft ein und machten die ganze Familie im Schlafzimer nieder. Dann durchwühlten sie die ganze Wohnung nach der Beute. Als mutmaßliche Täter sind vier Personen verhaftet worden.

Großfeuer in Dänemark.

Die dänische Ueberfahrtsstation nach Schweden, Helsingör, wurde das Opfer eines verheerenden Feuers. Das Zoll- und Baggebäude am Hafen brannte vollständig nieder, das mächtige Bollwerk der beiden Häfen, die die durchgehenden Wagen des Stockholm-Expreß befördern, wurde so stark mitgenommen, daß die Ueberführung der direkten Eisenbahnwagen eingestellt werden mußte.

Ein ungewöhnlicher Unfall in London.

In Bethnal Green, einem Londoner Stadtteil, hatte sich Mittwoch eine große Menschenmenge vor dem Schaufenster eines Konfektionsgeschäftes angesammelt, um eine neuartige Reflektanz zu betrachten, die darin bestand, daß aus einem bunten Wandschirm die beiden in Seidenstrümpfen geküllten Beine eines jungen Mädchens sichtbar waren, die Charleston-Schritte ausführten. Beim Passieren eines Autobusses entstand plötzlich ein allgemeines Gedränge und die zu vorderst Stehenden wurden durch die Glasscheibe in die Auslagen hineingestoßen. 22 Personen wurden verletzt.

Ein deutsches Flugzeug verunglückt.

In Söboda stürzte eines der beiden deutschen Flugzeuge, die der Leiter der Luftstreitmacht des Imam Yahya nach dem Yemen hatte kommen lassen, ab und wurde zerstört. Zwei deutsche Piloten und ein arabischer Passagier wurden getötet.

Brand in einem türkischen Bleibergwerk.

In den Bleigruben von Balia brach ein Brand aus, der 17 Stunden dauerte und für annähernd 500 000 Pfund Schaden anrichtete. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Ausplünderung einer Karawane in Syrien.

Ein Zug portugiesischer Pilger, darunter mehrere Frauen, wurde von Eingeborenen auf der Straße von Babilbeck angegriffen und vollkommen ausgeplündert. 150 französische Soldaten wurden zur Verfolgung der Angreifer abgefordert.

Amerikanischer Elektrizitätsverbrauch.

Nach einer neuesten Statistik betrug die Stromerzeugung der öffentlichen Elektrizitätswerte in den Vereinigten Staaten in den ersten fünf Monaten 1927 32,4 Milliarden Kilowattstunden, sie ist um 9½ Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahre gestiegen. Die Gesamtzeugung an Elektrizität wird für 1927 auf 80 Milliarden Kilowattstunden geschätzt. Im Vorjahre belief sich die Gesamtzeugung auf 73,8 Milliarden Kilowattstunden.

Die längste Delfernleitung.

In Texas führt von den Delfeldern bei Kings Mill eine Delfernleitung nach dem 320 Kilometer entfernten Ringlin in Oklahoma, die als die größte derartige Anlage in der Welt gilt. Da das Öl einen so hohen Paraffingehalt besitzt, daß es schon bei gewöhnlichen Temperaturen erstarrt, so mußte die Leitung möglichst tief eingebettet, gut isoliert und das Öl im Winter angewärmt werden. Der Höhenunterschied zwischen den Endpunkten der Strecke beträgt etwa 720 Meter. Die schwierigste Aufgabe bot, nach einem Bericht der „Amshau“, die Ueberquerung des Tales des Red River, das an der fraglichen Stelle 1450 Meter breit ist. Die ganze Leitung besteht aus Stahlrohren von 200 Millimeter Durchmesser und 12 Meter Länge, die zu Abschnitt von 60 Meter Länge zusammengeschweißt sind. Sie zerfällt in acht Hauptabschnitte, zwischen denen immer eine Pumpstation liegt.

Rachle einer Goldbernte von einzt.

Der Goldrausch, der in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts über die Felder von Londyke sürmte, findet jetzt ein eigenartiges Nachspiel. Die Stadt Dawson City, die damals der Mittelpunkt des Goldfiebers war und von 20 000 Menschen bewohnt wurde, ist heute ein verlassen Dorf, und die wenigen Bewohner, die aus jenen Glanztagen noch übrig geblieben sind, gingen jetzt dazu über, die verlassenen Tanzsalons und Wirtshäuser niederzureißen, um das Holz für sich zu verwenden. Dabei machten sie eine merkwürdige Entdeckung. Sie fanden nämlich, daß der Boden unter den zerfallenen Gebäuden reich an Goldstaub war. Das einzige Zahlungsmittel in jenen wilden Tagen der Goldbernte war nämlich Goldstaub gewesen, und die glücklichen Goldjäger, die an den Zureichenden lagen und in den Tanzsalons herumtobten, waren mit dem kostbaren Inhalt ihrer Taschen nicht sehr vorsichtig. Beim Bezahlen flog etwas Goldstaub auf die Erde und hat sich dort in den Boden eingegraben. Nun haben die Ueberlebenden eifrige Nachjäger nach dem Goldstaub, der vor dreißig Jahren aus dem Beutebeut und Taschen der Goldgräber herunterfiel, und diese Nachjäger lohnte sich so, daß schon wieder ein Zugzug nach der verlassenen Dawson City festzustellen ist.

Eine lebende Feuerfäule.

Ein furchtbarer Selbstmordversuch.

Auf entsetzliche Weise versuchte Mittwoch mittag in Berlin die 30jährige Charlotte Hein sich in der Linienstraße das Leben zu nehmen. Sie begoß ihre Kleider mit Petroleum, zündete sie an und gleich im Augenblick einer Feuerfäule. Passanten warfen der Lebensmüden Decken über und konnten so den Brand ersticken. Die Frau hat so schwere Brandwunden davongetragen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Zusammenstoß.

Der Schnellzug Berlin—Stuttgart fuhr am Mittwoch morgen bei Tagesgrauen in der Nähe von Fürth (Bayern) bei der Einfahrt in den Bahnhof nach einem Güterzug in die Flanke. Der Schluffbremser des Güterzuges wurde getötet, von den Reisenden ist jedoch niemand zu Schaden gekommen. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß der Güterzug auf einer Weiche stehen geblieben war, angeblich wegen Bremsdefekts. Der Lokomotivführer erkannte im letzten Augenblick die Gefahr und bremste mit aller Gewalt. Der Betrieb war mehrere Stunden unterbrochen.

Gesheimrat Muthesius tödlich verunglückt.

Der Geh. Regierungsrat Dr. Hermann Muthesius, ehemals Dezerent für die preußischen Baugewerkschulen im Handelsministerium, ist am Mittwoch mittag im Alter von 66 Jahren in Berlin das Opfer eines Straßenbahnunfalls geworden. Muthesius stieg in Steglitz aus seinem Auto heraus und ließ unmittelbar darauf in einen Straßenbahnzug. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bereits auf dem Wege ins Krankenhaus verstarb. Gesheimrat Muthesius ist besonders bekannt geworden als Begründer des Deutschen Werkbundes. Er ist vor einem Jahre als Beamter in den Ruhestand getreten.

Generalpardon.

Zur Feier des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten hatten sich aus allen Teilen des Reiches auch zahlreiche Automobil- und Motorradfahrer nach der Reichshauptstadt begeben. In Ankenntnis der zahlreichen Verkehrsverhältnisse haben sich sehr viele von ihnen polizeilich strafbar gemacht. Polizeipräsident Förgiebel hat aber jetzt in einer Verfügung alle diese Strafanzeigen, soweit nicht Boswilligkeit vorlag, niedergeschlagen.

Schiffsunfälle.

Das deutsche Motorschiff „Rebecka“ ist auf der Reise von Hamburg nach Kåföed Mittwoch nacht gestrandet.

Ein schwedischer Dampfer ist Mittwoch morgen auf der Reise nach Ubo in der Nähe der Landsinseln auf Grund gestoben. Die Passagiere konnten gerettet werden.

Dienstag lief in Memel ein dänischer Dampfer mit vier Matrosen ein, die er auf der Höhe von Memel auf See ausgeführt hatte. Die Matrosen gehörten zur Besatzung des estländischen Motorschnellers „Esther“, der auf der Fahrt nach Königsberg bei dem letzten großen Sturm kentert ist. Der Kapitän, der Steuermann und zwei weitere Angehörige der Esther sind ertrunken.

Mord im Nord-Expreß.

Im D-Zug Paris—Berlin—Warschau wurde am Mittwoch, normittags gegen 8 Uhr, in Hamm (Westfalen) der französische Reisende Victor Conant in einem Abteil erster Klasse in einer Blutlache liegend tot aufgefunden. Spuren in dem Abteil deuten auf einen vorausgegangenen Kampf hin. Der Wagen wurde in Hamm plombiert und nach Berlin mitgeführt. Von dem Täter fehlt einstweilen jede Spur.

Kindesmord eines Zahnärztchens.

In Oppau (Rheinpfalz) wurde ein 15½ Jahre altes Mädchen unter der Beschuldigung des Kindesmordes verhaftet und ins Gefängnis Frankfurt überführt. Die Mutter und eine Schwester des Mädchens wurden wegen Beihilfe ebenfalls in Haft genommen.

Schadenfeuer bei Hamburg.

In Eursdorf brannte Mittwoch normittags das größte Bauernhaus des Vierlandes nieder. Das Gebäude hatte aus dem 16. Jahrhundert und gehörte seit einem Jahr dem hamburgischen Staat. Nur das Mobiliar konnte gerettet werden, die Maschinen und die gesamte Ernte sind vernichtet. Man führt die Entstehung des Feuers auf einen schadhaften Schornstein zurück. Bei den Bergungsarbeiten wurde ein Feuerwehmann schwer verletzt.

Der Dichter Johannes B. Becker



hat sich vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts wegen Hochverrats zu verantworten. Der angebliche Hochverrat soll durch Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verbindung, Gotteslästerung usw., sowie in dem Inhalt von Beckers Büchern „Der einzig gerechte Krieg“, „Der Leichnam auf dem Thron“ und in einem Hindenburggedicht begründet sein.

Großfeuer in einer Uhrenfabrik.

In der Uhrenfabrik Riengle in Schwenningen (Württembergischer Schwarzwald) richtete in der Nacht zum Mittwoch ein Großfeuer ungeheuren Schaden an. Zahlreiche Feuerwehren aus der ganzen Umgebung, auch aus Bad Dürkheim und Billingen, waren zu Hilfeleistungen herbeigeeilt. Bei den Löscharbeiten sind nicht weniger als 26 Feuerwehrleute verunglückt. Einem Wehrmann der Schwenninger Feuerwehr wurden beide Füße abgedrückt. Sieben Feuerwehrleute erlitten Arm- und Beinbrüche, zwölf Feuerwehrleute und Helfer liegen an Rauchvergiftungen darnieder.

Der Frauenmörder von Fügen ermittelt.

Bei den Ermittlungen zur Aufklärung eines in Wiesbaden begangenen Frauenmordes wurde die Uebereinstimmung der Fingerabdrücke des wegen verschiedener Diebstähle und schwerer Körperverletzung auf Fügen zu längerer Gefängnisstrafe verurteilten 20jährigen, aus Wien stammenden Landstreichers Sienoway mit den an der Mordstelle aufgenommenen neuen Abdrücken festgestellt. Nach anfänglichem Leugnen gestand Sienoway den Mord ein. Da es sich um einen Luftmord handelt und die Umstände die gleichen sind wie bei dem am 24. Februar in Sabej bei Bergen auf Fügen ausgeführten Luftmord, dem eine junge Arbeiterin kurz vor ihrer Wohnung zum Opfer fiel, und da sich Sienoway zu jener Zeit in Bergen aufhielt, besteht der dringende Verdacht, daß Sienoway auch diesen Mord verübt hat.

Untaten eines Bahnstümmigen.

In der Nähe von Freiberg in Sachsen stürzte sich der 27 Jahre alte frühere Straßenbahnführer Richter aus Chemnitz auf ein Auto des Fahrzeughändlers Paul Böttcher, zerstückte die Scheiben und brachte Böttcher mit einem Dolch zahlreiche gefährliche Stiche bei. Auch ein Verwandter Böttchers, der ihm zur Hilfe eilte, wurde von dem Totbengel verletzt. Dann begab sich Richter in die Reichswehrkaserne, griff dort den Wachtposten an, konnte aber von Soldaten überwältigt und entwaffnet werden.

Verurteilungen bei den staatlichen Kreisparzellen in Siegen.

Bei der staatlichen Kreisparzelle in Siegen sind Verurteilungen von etwa 36 000 Mark festgestellt worden. Die Summe ist jedoch bis auf einen kleinen Restbetrag sichergestellt worden. Der der Verurteilungen verdächtige Rentant Richter ist geflüchtet.

Tödtungsprojek nach acht Jahren.

Dem Leipziger Schürgericht wurde Dienstag der in Dortmund geborene Schuhmacher Klara wegen Tödtungsprojekts und Tödtungsversuchs zu zwölf Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt. Klara hätte, als er im November 1919 wegen Diebstahls verhaftet werden sollte, einen Schutzmann erschossen und einem zweiten sehr schwere Verletzungen beigebracht. Der Staatsanwalt hatte fünfzehn Jahre Zuchthaus beantragt.

Rommranib

100 Tassen aus 1/2 Pfund für 30 Pf.

gesund wie das möglichste Brot

Kein Ende des Lohnstreits im Bergbau Niederschlesiens.

Der Reichsarbeitsminister lehnt die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches ab.

Waldenburg, 26. Oktober. In der Besprechungsphase im Niederschlesischen Eisenerzbergbau war bekanntlich am 20. September dieses Jahres ein Schiedspruch durch den Schlichter für den Bezirk Niederschlesien gefällt worden, der eine Erhöhung sämtlicher Tarife und Gehälter um 5 Prozent vorsah. Die Arbeitgeberverbände hatten nach Annahme dieses Schiedspruches dessen Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsminister beantragt. — Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 24. Oktober die beantragte Verbindlichkeitserklärung abgelehnt mit der Begründung, daß eine Lohnsteigerung in dem im Schiedspruch vorgeschlagenen Ausmaß zurzeit für die Mehrzahl der niederschlesischen Werke nicht tragbar sei. Der Reichsarbeitsminister erwartet, daß die Parteien nach Abschluß der Verhandlungen über die Zusammenlegung der hiesigen Bergwerke sich über eine Erhöhung der Tariflöhne verständigen werden.

Man muß es Herrn Brauns lassen: er versteht es ganz ausgezeichnet, sich einseitig zu informieren. Die geradezu unglückliche Oberflächlichkeit des Urteils im niederschlesischen Bergarbeiter-Lohnstreit ist dafür ein schlagender Beweis. Herr Brauns ist seit dem 4. Mai des Jahres 1921 Reichsarbeitsminister. In dieser Zeit sollte es ihm eigentlich gelungen sein, sich über die wirtschaftliche Lage der deutschen Bergarbeiter ein einigermaßen klares Bild zu machen. Wie man sieht, ist das nicht der Fall. Das stichhaltige Sozial- und Lohnelend der niederschlesischen Grubenarbeiter ist reichsweit bekannt. Herr Brauns, der Reichsarbeitsminister, weiß davon nichts. Er ist sehr besorgt um die Rentabilität der niederschlesischen Bergwerke. Das Hungerelend der dortigen Bergarbeiter ist für ihn ohne Bedeutung. Und das ganze, was er ihnen zu sagen weiß, ist der Ausdruck der Hoffnung über eine baldige Zusammenlegung der Betriebe und nachherige Verständigensausichten.

In der Zukunft der niederschlesischen Bergwerke schüstert man bereits eine Ewigkeit herum. Sollen die Bergarbeiter warten, bis sie einmal zustande kommt? Die wirtschaftliche Lage der niederschlesischen Bergarbeiter ist seit langem von einer Art, daß sie eine weitere Spannung nicht mehr erträgt. Sie ist um vieles schlechter als in jedem anderen Bergrevier, und das will — wenn man vergleichsweise den Blick nach Oberschlesien richtet, wo es hungrende Bergarbeiter zu Tausenden gibt — gewiß einiges besagen.

Vielleicht benötigt der Reichsarbeitsminister die nächste Gelegenheit, sich von der Richtigkeit der hier angeführten Tatsachen zu überzeugen. Seine Haltung in diesem Lohnstreit beweist, daß er von ihnen keine blaße Ahnung hat. Oder will er mit dieser Haltung zum Ausdruck bringen, daß er als Arbeitsminister des reaktionären Bürgerblocks den Diktaten der Wirtschaftsbaren besonders gefällig ist. Dieses Nachweises bedarf es bei keinem Mitglied der augenblicklichen Reichsregierung. Auch nicht bei Herrn Brauns.

Gesamtausperrung der sächsischen Tabakarbeiter?

Berlin, 26. Oktober. In den Zigarrenfabriken Sachsens droht es zu einer Ausperrung von rund 12.000 Arbeitern zu kommen. Seit einiger Zeit werden bereits eine Anzahl Leipziger Zigarrenfabriken bestreikt, da die Arbeiter nach dem Scheitern von nichtentgeltlichen Lohnverhandlungen die Betriebe verlassen hatten. Der sächsische Arbeitgeberverband hat die Streikenden aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen, sonst müßte eine Ausperrung sämtlicher sächsischer Tabakarbeiter vorgenommen werden. Da bis heute die Betriebe noch ruhen, dürfte am 28. Oktober die Gesamtausperrung für Sachsen durchgeführt werden. Die Zigarrenfabriken sind von der Lohnbewegung bisher unberührt geblieben. Die Gewerkschaften werden in den nächsten Tagen zur Lage Stellung nehmen.

Einigung in der Sorauer Textilindustrie.

Lohnzulagen von 10 bis 30 Prozent. In Verhandlungen vor dem Schlichter in Berlin ist durch verbindlichen Schiedspruch eine Beilegung der Differenzen in der Sorauer Textilindustrie erzielt worden. Die Zeitlöhne des Lohnartikels für die Sorauer Leinenindustrie wurden um 10 bis 30 Prozent erhöht. Der Grundlohn des Einfühlers wurde bei den männlichen Arbeitern von 43,7 auf 50 Pf., bei den weiblichen von 34,3 auf 40 Pf. erhöht. Das bedeutet eine Steigerung von 14,4 bzw. 16,9 Prozent. Der Zeitlohn der männlichen Zweifelhändler beträgt 56 Pf., der der weiblichen 45 Pf. Soweit der neue Tariflohn bereits überschritten ist, werden die Akkordlöhne um 7 Prozent erhöht. Die Löhne der Tuchindustrie sind wie bisher um 5 Prozent höher als in der Leinenindustrie. Der neue Tarif hat Gültigkeit ab 3. Oktober und kann erstmals am 30. September 1928 mit zwei Monaten Frist gekündigt werden. Die gegenseitigen Kündigungen werden zurückgenommen; Maßregelungen finden nicht statt.

Das Reichsarbeitsgericht

in Leipzig trat am Mittwoch zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Ständiger Vorsitzender ist Senatspräsident Dr. O. G. Als Beisitzer fungieren neben zwei Reichsgerichtsräten zwei Leiharbeiter als Vertreter der Arbeiter und Unternehmer. Vor Beginn der sachlichen Verhandlung hielt Senatpräsident Dr. G. eine längere Ansprache, in der er darauf hinwies, daß das Gesetz durch Hinzuziehung von Beisitzern aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch in der Revisioninstanz der besonderen Bedeutung Rechnung trägt, die das Arbeitsleben für die gesamte Wirtschaft hat; außerdem sei es von dem Wunsch befeuert, dem Reichsarbeitsgericht die unmittelbare Fühlung mit dem Leben und seinen Bedürfnissen zu erhalten.

Schiedspruch

in der Münchener-Cladbacher Bekleidungsindustrie.

Der vom schlesischen Schlichtungsamt gefällte Schiedspruch für das Bekleidungsunternehmen der Münchener-Cladbacher Bekleidungsindustrie, der eine Erhöhung der Zeitlöhne um 12 und der Akkordlöhne um 10 u. S. v. v. vorsieht, ist vom Arbeitgeberverband angenommen worden. Da die Gewerkschaften den Spruch ablehnten, wollen die Arbeitgeber nunmehr die Verbindlichkeitserklärung beantragen.

Kongress der französischen Post- und Telegraphen-Angehörigen.

Am Montag ist in Paris der Kongress der Gewerkschaften der Post- und Telegraphen-Angehörigen eröffnet worden. Hauptpunkt der Tagesordnung bildet die Frage

Den Gewerkschaften sind in dieser Hinsicht von mehreren Regierungen formelle Verprechungen gemacht worden. Die Regierung Poincaré hatte seinerzeit die Beamten und Angestellten zur Annahme einer Minimal-Gehaltsstaffel zu bewegen gewünscht unter dem Vorbehalt, in allerletzter Zeit eine Erhöhung einzutreten zu lassen. Auf dem Kongress soll die Entscheidung fallen, ob die Gewerkschaften noch weiterhin auf die Einlösung der Verprechung warten oder nach Stellung einer kurzen Erfüllungsfrist die Aufforderung zum Streik erlassen sollen.

Generalversammlung der Breslauer Bekleidungsarbeiter.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Breslau, hielt am Montag, den 24. Oktober, seine Quartals-Generalversammlung für das dritte Quartal ab. Die Geschäfts- und Kassenerichte gaben ein erfreuliches Zeichnen der gesunden Entwicklung der Organisation am Platze. Ueber den Geschäftsbericht gab Kollege Obdammer eine übersichtliche Darstellung. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch den Abschluß zentraler und örtlicher Tarife war eine der Hauptaufgaben. Nachdem schon im zweiten Quartal für die Wäckerkonfektion sowohl als auch für die Herrenmode- und Bekleidungs-Larische wurden — zwei Branchen, die trotz Lohnerhöhungen noch total unbefriedigende Löhne aufweisen — wurden auch mit den Zwischenmeisteren in der Herrenkonfektion die Arbeitsbedingungen und Löhne der beschäftigten Hilfskräfte und Heimarbeiter einer Regelung und Aufbesserung unterzogen.

In der Schirmbranche wurde das Lohnabkommen erneuert und mit dem größten Betrieb dieser Branche, der Schirmfabrik M. Lemm, ein tariflicher Aufbau des dort eingeführten Teilkordensystems durchgeführt. Für die Gummitextilien wurden die reichsweitesten Lohnerhöhungen auch am hiesigen Orte durchgeführt.

In der Kürschnerbranche wurde das seit zwei Jahren laufende Lohnabkommen für Kürschner und Pelz Näherinnen verlängert und ein neues mit Erhöhung der Löhne und Verbesserung des Schemas durchgeführt. Für die Herrenkonfektion wurde reichsweite Regelung eine zehnprozentige Lohnerhöhung erreicht, deren Auswirkung auch mit den Zwischenmeisteren dieser Branche in voller Höhe vereinbart wurde. Für die Knaben- und Kinderkonfektion gelang es nach schwierigen Verhandlungen einen Tarif zu schaffen, der durch Einführung des Heimarbeiterzuschlages eine 10 bis 15prozentige Lohnzulage bringt. Der Abschluß steht nach Zustimmung der dort beschäftigten Mitglieder nicht bevor. In der Arbeiter- und Berufsbekleidungsbranche sind

Hochkonjunktur in der Textilindustrie.

Die Geschäftslage in der Textilindustrie ist nach wie vor außerst günstig. Auftragschwierigkeiten, die sich vereinzelt in verschiedenen Sparten der Industrie in den Monaten Juli, August eingekollt hatten, sind wieder behoben. Die Aufträge, die vorliegen, bieten Beschäftigung bis weit in das Jahr 1928 hinein. Zahlreiche Neubauten, Betriebserweiterungen, Anschaffung rationeller arbeitender Maschinen in allen Branchen lassen ohne Zweifel erkennen, daß die Textilunternehmer mit einer lang anhaltenden Hochkonjunktur rechnen. Die Beruhigung, die auf dem Baumwollmarkt wegen der Preisbildung eingetreten ist, hat zweifellos für eine weitere Belebung des Geschäftes neuen Antrieb gegeben.

In der Wollindustrie herrscht größere Nachfrage für Streichgarnstoffe und Kammgarnartikel für die nächste Sommerfaison. Die Lage der Uniernehmer über Fascharbeitermangel besteht weiter. Die Arbeitszeit beträgt in den meisten Betrieben 50-54 Stunden in der Woche. Vielfach sind Doppel- und Dreifachtagen im Gange. Die Preise sind vielfach erhöht, was, wenn man den bürgerlichen Wirtschaftsberichten Glauben schenken darf, über ungunstige Preisgestaltung. Kürzlich wurde im „Konfektionär“ ein Aufsatz „Das Barometer der Rentabilität“ veröffentlicht, in dem für insgesamt 450 Textilbetriebe die Geschäftslage und Gewinnergebnisse wiedergegeben wurden. Danach hat die Textilindustrie im Geschäftsjahr 1926/27 „nur“ 5,2 Prozent Gewinne abgeworfen. Ferner wurde in dem Aufsatz darauf verwiesen, daß im letzten Geschäftsjahr einem Gesamtgewinn von 59,9 Millionen Reichsmark Verluste in Höhe von 23 Millionen Reichsmark gegenüberstehen. Die Berechnung hat leider ein Loch, durch das sie völlig wertlos wird.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß in der Textilindustrie zahlreiche Neubauten, Betriebs-erweiterungen, Anschaffungen von rationaler arbeitender Maschinen durchgeführt werden. Eine Nachprüfung der Abschlüsse der Textil-Konfessionen daraufhin, ob für die Durchführung der Neubauten usw. den Uniernehmer neue Mittel zugeführt worden sind oder ob dieselben aus alten Rücklagen entnommen wurden, ergab, daß in den meisten Fällen alle diese Erneuerungen aus den laufenden Einnahmen bestritten wurden. Das ist das letzte Ende in der Bilanz auswirkt, läßt sich leicht denken. Die Aufwendungen, die für Neubauten usw. in den letzten beiden Jahren gemacht worden sind, dürften die Bilanzmäßigen Gewinne um das Mehrfache übersteigen, namentlich in der Strumpfware- und Tricotagenfabrikation, deren Gewinnergebnis als besonders ungunstig hingestellt wird.

Das den einzelnen Zweigen der Textilindustrie ist zu berichten, daß der Baumwollspinnerei liegen Aufträge bis Juli 1928 vor. Die Arbeiterfrage liegt teilweise über ein schlimmes Antreiben. Die Baumwollwebererei, die in den beiden letzten Monaten mit Beschäftigungsschwierigkeiten zu kämpfen hatte, ist jetzt allgemein gut beschäftigt. Teilweise wurde über Materialmangel geklagt. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Baumwollspinnereien reicht trotz langer Arbeitszeiten noch nicht aus, um den inländischen Bedarf zu befriedigen. Die Baumwollweberereien klagen hauptsächlich über Arbeitermangel.

In den Kammgarnspinnereien ist der Geschäftsgang nach wie vor gut. Die Auftragsbestände reichen teilweise bis weit in das Jahr 1928 hinein. Auch hier herrscht Arbeitermangel. Die Wollkrempspinnereien sind ebenfalls gut beschäftigt. In der Seidenindustrie herrscht zum Teil guter Geschäftsgang. Die Geschäftslage in der Spitzenwebererei ist ebenfalls zufriedenstellend. In der Knäuelwebererei herrscht ebenfalls überaus guter Geschäftsgang. Der Wirtschaftsgang in der Bekleidungsindustrie ist nach wie vor sehr gut zu bezeichnen.

Außerordentlich günstiger Geschäftsgang herrscht in der Juteindustrie. Die Jutebetriebe haben wieder in Betrieb gekommen. In der Zellulose wird überall voll gearbeitet. Die Seidenwebererei hat ebenfalls ein gutes Geschäft. In der Seidenindustrie herrscht zum Teil guter Geschäftsgang. Die Geschäftslage in der Spitzenwebererei ist ebenfalls zufriedenstellend. In der Knäuelwebererei herrscht ebenfalls überaus guter Geschäftsgang.

Forderungen gestellt und die Bezahlung in dieser Branche bedarf einer bedeutenden Erhöhung. Allerdings scheint ganz besonders bei diesen Arbeitgebern es an der nötigen sozialen Einsicht zu fehlen.

In der Damenkonfektion war mit den Zwischenmeisterverbänden bis jetzt noch nicht möglich, zu einem Tarifabschluß zu kommen. Schon monatlang fanden Verhandlungen zwischen den Parteien, vor dem Schlichtungsamt und selbst vor dem Schlichter statt. Immer wieder ergeben sich Schwierigkeiten, die einen freien Abschluß verhindern. Unsere Mitglieder werden immer mehr in der Ansicht befestigt, daß bei einigermaßen gutem Willen der Zwischenmeisterverbände es möglich gewesen wäre, eine tarifliche Vereinbarung zu treffen. Doch ist hierüber das letzte Wort noch nicht gesprochen. Für die Herren- und Damenmodebranche wurde von einer Herbstlohnbewegung Abstand genommen.

Die Regelung der Arbeitszeit und Ueberstundenbezahlung ist mit Ausnahme der Damenkonfektion und der Arbeiter- und Berufsbekleidungsbranche, mit allen anderen Arbeitgeberverbänden geregelt. Nur die Zwangsinnungen in der Herren- und Damenmodebranche haben es grundsätzlich abgelehnt, eine tarifliche Regelung zu treffen. Diese Herrschaften glauben einen freien Abschluß zu haben zur unbegrenzten Beschäftigung der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer und Beihilfen. Dabei geht die Beschäftigung geradezu ins Unmögliche, ohne Rücksicht darauf, wo diese jungen Mädchen und Gehilfinnen später einmal unterkommen und Verdienst finden. Dem Arbeitsnachweiseramt der Stadt Breslau blieb es, in Verbindung mit dem zuständigen Nachschuß vorbehalten, durch Schaffung von gewissen Richtlinien, den Opfern dieser Beschäftigungsbeherrschung eine Umschulungsmöglichkeit zu schaffen. Hier kann nur die baldige Einführung des Berufsausbildungsgesetzes mit einschneidenden Bestimmungen Wandel schaffen.

Groß ist die Zahl der festgestellten tariflichen und arbeitsrechtlichen Verstöße der Arbeitgeber in allen Branchen. Ausbeutung der wöchentlichen Arbeitszeit bis zu 80 und 90 Stunden pro Woche ist keine Seltenheit. Ungeiz, wo solche Fälle festgestellt werden, erzwingen rücksichtslos. Da immer durch die zuständigen Aufsichtsorgane Bestrafungen erfolgen, können wir nicht feststellen.

Aus dem Kassenericht, von dem Kollegen Brückner gegeben, zeigte sich eine fortwährende Steigerung der Einnahmen. Der Mitgliederzuwachs im dritten Quartal beträgt rund 200. Der gekamten Verwaltung einschließlich Geschäftsleitung wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Noch gilt es, weitere Hunderte und Tausende dem Gedanken der freigewerkschaftlichen Organisation zugänglich zu machen. Groß ist noch die Zahl der Unorganisierten, die sich nicht scheuen, die von der Organisation durchgeführten Lohnerhöhungen einzuheimsen. Aber auch groß ist die Zahl derjenigen, die durch untertarifliche Bezahlung ausgebeutet werden. Nur die tätige Mitarbeit vermag da Abhilfe zu schaffen.

Die Herren Unternehmer wollen sich schadlos halten.

Die Braunkohlenpreise sollen erhöht werden. Die Braunkohlenindustrie hat als Antwort auf das Streitergebnis bereits begonnen, die Streikfolgen auf die Konsumenten abzuwälzen. Dem Großen Ausschuss des Reichskohlenrats sollen am 31. Oktober die Preiserhöhungs-wünsche in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie zur Beratung vorgelegt werden. Noch besteht keine Einigkeit über den Forderungsverhalten und Sonditaten über das Ausmaß der zu fordernden Preiserhöhung. Man will jedoch Erhöhungen bis zu 10 Prozent fordern, also noch um 2 1/2 Prozent über die früheren Forderungen hinausgehen. Zweifellos ist durch den Ausgang des Streiks auch für die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie eine neue Lage gegeben.

Diese „neue Lage“ ist unserer Meinung nach für die Unternehmer keineswegs so belastender Art, daß sie eine Erhöhung der Braunkohlenpreise rechtfertigen ließe. Die Verdienstaute der Braunkohlenunternehmer ist so hoch, daß sie die den Bergarbeitern nach Beendigung des Lohnkampfes gemachten Zugeständnisse kaum irgendwie spüren dürften. Aber der volkswirtschaftliche Sinn dieses berechtigten Streiks würde mit der Genehmigung solcher egoistischer Maßnahmen in das Gegenteil verkehrt. Sollte der Reichskohlenrat dem Verlangen der Unternehmer Rechnung tragen, so wird sich der Reichswirtschaftsminister sehr zu überlegen haben, ob er dessen Beschlüsse genehmigt. Daß dazu nicht der geringste Grund besteht, sei hier nur noch einmal hervorgehoben.

Quertreiber gegen die Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges

und gegen die Aufnahme der Tarifverhandlungen gibt es diesseits und jenseits der Grenzen. Immerhin hat man seit der Einigung über die Niederlassungsbestimmungen sich auf beiden Seiten gehütet, die Schwierigkeiten durch politische Stimmungsmachen noch zu vergrößern. Das Gegenteil scheint jetzt auf polnischer Seite versucht zu werden; denn in Warschau wird jetzt — wie uns von dort gemeldet wird — von einer deutschen Güterbesitzersektion sehr viel Aufhebens gemacht, daß zwei polnische Arbeiterinnen in brutaler Weise geschlagen haben soll. Wenn das richtig ist, gibt es kein Wort, das scharf genug wäre, um ein derartiges Verhalten zu rüden zu markieren. Es wäre aber dumm und gefährlich zugleich, wenn die polnische Regierung ihrer nationalistischen Presse erlauben würde, daraus Kapital gegen die Aufnahme und Durchführung der Verhandlungen zu schlagen.

Wo bleibt hier die Wahrung nationaler Interessen?

Ein Hamburger Petroleum-Unternehmen wird in französisch-polnischen Besitz übergeben. Die Politik der Hamburger Wirtschaftsführer war seit Jahr und Tag darauf gerichtet, das Eindringen fremden, vor allen Dingen französisch-polnisch-schlesischer, Kapitals ins Hamburger Freihafegebiet zu verhindern. Um so erkranklicher ist es, daß dieser Tage eine erste Hamburger Gesellschaft, das Deutsche Kohlendepot, die Hand dazu geboten hat, eine der wichtigsten Hamburgerischen Petroleumfirmen in französisch-polnischen Besitz zu bringen. Es handelt sich dabei — wie uns aus Hamburg gemeldet wird — um die Deutsche-Leberleische Petroleum-A.G., in der das Deutsche Kohlendepot die Aktienmehrheit hatte und die es nunmehr an die Mineralöl-Produkt-Lagergesellschaft m. H. S. Berlin, verkauft hat. Die letztere Firma ist aber nichts anderes als eine Strohhalmfirma der polnisch-französischen Gruppe Olanowa-Silva-plana. Das Interessanteste ist, daß das Deutsche Kohlendepot in seinem Vorstand und Aufsichtsrat die ältesten Hamburgischen Kaufmannsnamen aufzuzählen hat, die sich auf ihre nationale Gefährdung gestellt haben und die sie auf die Seite der Arbeiter der Deutsche-Leberleischen Petroleum-A.G. zieht es ziemlich gleichgültig sein, wer ihr neuer Herr ist. Aber bemerkenswert ist es doch, wie leicht die „nationalen“ Herren Wirtschaftspräsidenten die nationalen Belange nehmen, wenn es ihnen geschäftlich in den Kram paßt.

Der Norddeutsche Lloyd hat seine Flotte wieder vergrößert. Er hat für rund 2 Millionen Mark von einem englischen Ge-